

Presseinformation

211/2011

Kiel, 16. Juni 2011

Heinz-Werner Jezewski: „Unterbringung von Strafgefangenen muss verfassungsgemäß sein.“

Schleswig. Heinz-Werner Jezewski, innen- und rechtspolitischer Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion, fordert anlässlich eines Gespräches mit dem Landesvorstand des Bundes der Strafvollzugsbediensteten die verfassungsgemäße Unterbringung von Strafgefangenen.

„DIE LINKE ist sich mit den Beschäftigten im Strafvollzug einig: Im Strafvollzug gibt es nicht nur Mängel, die dringend beseitigt werden müssen. Das größte Problem ist, dass der Landesregierung die Konzepte fehlen, um zukünftig für alle Strafgefangenen in Schleswig-Holstein eine verfassungsgemäße Unterbringung zu gewährleisten.“

Anlässlich eines Gesprächs mit Michael Hinrichsen und Andreas Block, Landesvorstandsmitglieder des BSBD, stellte Jezewski fest, dass trotz wiederholter Gespräche und Zusagen des Ministeriums im Bereich des geschlossenen Strafvollzuges immer noch keine Besserung festzustellen ist.

Speziell die eklatanten Überbelegungen in Kiel und Lübeck drohen zu einem verfassungsrechtlichen Problem zu werden. DIE LINKE fordert den Justizminister erneut dazu auf, endlich die unsinnigen Schließungspläne der Gefängnisse in Flensburg und Itzehoe aufzugeben und diese beiden gut funktionierenden Anstalten in die langfristige Planung des Justizvollzuges einzubinden.

Um diese Forderung zu unterstützen, wird DIE LINKE die unhaltbare Situation weiterhin durch parlamentarische Anfragen und Initiativen problematisieren.

„Am Montag, den 20. Juni werde ich mit Cornelia Möhring, Mitglied des Fraktionsvorstandes der LINKEN im Bundestag, zusammen die JVA Lübeck besuchen. Wir werden uns dort vor Ort ein Bild von den Zuständen machen. DIE LINKE wird nicht nachlassen, für die verfassungsmäßigen Rechte der Strafgefangenen zu kämpfen. Es ist ein Irrglaube, dass man Resozialisierung zum Sparpreis erreichen könnte“, so Jezewski abschließend.